

REGIERUNG

## Ansehen im Keller



Merkel, Rösler

Die Bundesbürger stellen ihrer Regierung ein vernichtendes Urteil aus. Zu diesem Ergebnis kommt der interne „Regierungsmonitor“ der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des Bundespresseamts. Etwa sieben von zehn Deutschen werfen der Koalition aus CDU/CSU und FDP vor, sie bediene lediglich Partikularinteressen. Nur 24 Prozent meinen, das Gemeinwohl stehe bei der Regierung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) im Mittelpunkt. Zudem sind 65 Prozent der Bürger der Überzeugung, dass sich Merkels Regierung „gar nicht“ oder „nicht so stark“ um die Zukunftsprobleme des Landes kümmere. Selbst bei Vorzeigeprojekten wie der Energiewende erodiert der Zuspruch. So sind nur noch 42 Prozent mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien zufrieden, das sind 10 Prozent weniger als bei der letzten Befragung im Juli. Offenbar ziehen vor allem die schlechten Umfragewerte für FDP-Chef Philipp Rösler und die anderen liberalen Regierungsmitglieder das Ansehen der Regierung in den Keller. „Vizekanzler Rösler ist lediglich für Minderheiten bürgernah“, heißt es in der Studie, für durchsetzungsfähig halten ihn gerade einmal 15 Prozent. Von Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) hat die Mehrheit der Bevölkerung offenbar gar kein Bild. 60 Prozent können mit seinem Namen nichts anfangen. Unbeschadet scheint neben Finanzminister Wolfgang Schäuble nur Kanzlerin Merkel: Trotz leichter Verluste bewerten 67 Prozent der Befragten ihre Arbeit als „eher gut“.

BUNDESWEHR

## Rot-Grün gegen Türkei-Einsatz

Verteidigungsexperten von SPD und Grünen haben einen möglichen Einsatz der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze scharf kritisiert. „Es ist Irrsinn, sich ohne Uno-Sicherheitsratsbeschluss in den Syrien-Konflikt ziehen zu lassen“, kommentierte der Grünen-Politiker Omid Nouripour. „Meldungen über eine mögliche Stationierung von „Patriot“-Abwehrraketen in der Region. „Daran sollte sich Deutschland nicht beteiligen.“ Die Türkei sei in der Auseinandersetzung nicht gerade durch Besonnenheit auf-



„Patriot“-Abwehrsystem

gefallen. Auch SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold forderte zunächst „eine offene Debatte über mögliche Szenarien“. Der syrische Bürgerkrieg legitimiere keinen Raketeneinsatz auf türkischer Seite. „Wir würden so in einen richtigen Krieg reingezogen“, sagte Arnold. Die Türkei will an diesem Montag voraussichtlich offiziell bei der Nato um das Flugabwehrraketensystem bitten. In Regierungskreisen wird es für möglich gehalten, dass noch im Dezember der Bundestag über ein Mandat entscheiden muss.